

**Annoncen-  
Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wohlfahrtsstr. 16.)  
bei C. H. Uricel & Co.  
Breiterstraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Strickland,  
in Breslau b. Emil Kabath.

# Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster

Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.  
Hamburg, Leipzig, München  
Stettin, Stuttgart, Wien,  
bei C. F. Danne & Co.  
Grafstrasse 10. Vogler,  
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidentenk.“

Nr. 604.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Mittwoch, 20. August  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden, und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1876.

**Abonnements auf die Posener Zeitung**  
pro Monat Septbr. nehmen sämtliche Post-  
anstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pfg.,  
sowie die unterzeichnete Expedition und die  
Herren Distributeure zum Betrage von 1 M.  
50 Pfg. an. Bestellungen bitten gefäll. bald  
zu machen.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Die liberale Partei und die Agrarier.

Unter diesem Titel beginnt die „Berl. Aut. Korr.“, das Organ der nationalliberalen Partei, eine Serie von Artikeln, worin die Vorwürfe der „Adersozialisten“ abgewehrt und der liberale Standpunkt verteidigt wird. Zunächst begreifen wir es mit Befriedigung, daß sich die Wortführer der nationalliberalen Partei nicht begnügen, einfach die Angriffe der Agrarier mit Spott zurückzuweisen oder mit Gegenangriffen zu erwidern, sondern daß sie die Vorwürfe der Gegner sachlich widerlegen. Ob wir mit allen Gegenansprüchen uns werden einverstanden erklären können, möchten wir bezweifeln. Nicht als ob wir der Meinung wären, daß die „Agrarier“ unsere wirtschaftliche Lage irgendwie bessern könnten. Wir wissen, daß jene verschämten Reaktionäre nichts weiter wollen als die Machtmittel des Staates für den Großgrundbesitz auszunutzen; und wir haben keineswegs vergessen, daß die liberale Partei auch in wirtschaftlicher Beziehung sich den Dank des Volkes verdient hat. Indessen die Verhältnisse haben sich geändert, nicht mehr wie früher ist die zu große Einkommensmischung des Staates, sondern häufiger die mangelhafte Fürsorge der Staatsgewalt zu beklagen; und da meinen wir, daß die liberale Partei gewissen Bedürfnissen oder Forderungen des Volkes mehr als bisher wird Befriedigung zu verschaffen suchen müssen, damit nicht eine Partei mit reaktionären Tendenzen sich der Wähler bemächtigt, wenn sie den politisch-ungeheulten Massen vorredet, sie werde alle wirtschaftlichen Uebel heilen.

Die liberale Partei darf nicht den Versuch machen, zu bestreiten, daß in der That mancherlei Mängel in der wirtschaftlichen Gesetzgebung bestehen und diejenigen, welche als Kandidaten für ein Mandat zu den parlamentarischen Körperschaften auftreten, müssen offen erklären, ob sie gewonnen sind, im Wege der Gesetzgebung auf Beseitigung der Uebelstände zu dringen, oder ob sie auf dem Gehens- und Geschehens-Lassen beharren. Mit aller Schärfe wird, wenn der kleine berechnete Kern der agrarischen Forderungen anerkannt ist, das Unberechtigte, Unmögliche, Unwahre, kurz die volksfeindliche Absicht ihres Programms zu Tage treten.

Eine der bedeutsamsten Forderungen der Agrarier bildet die Steuerreform. Wir müssen gestehen, daß uns das, was die nationalliberale Korrespondenz zu diesem Punkte bemerkt, nicht vollständig genügt. Doch in Erwartung, daß dies in dem folgenden Artikel nachgeholt wird, wollen wir unser abschließendes Urtheil noch zurückhalten und hier nur bemerken, daß wir nicht bloß eine gerechtere Vertheilung der Steuern, sondern auch eine Verminderung der Einkommensteuer wünschen, und bereit sind, den Ausfall durch Erhöhung von indirekten Steuern zu decken. Die Klagen der Städte bei der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer haben zur Genüge bewiesen, wo die Lasten am schwersten zu tragen sind. Wenn liberale Kommunen für eine so ungerechte und lästige Steuer, wie die Thorsölse auf Fleisch und Wehl ist, eintreten, dann scheint uns kein Zweifel obzuwalten, daß Steuern auf Luxusgenüsse des Volkes, also indirekte Steuern die in anderen Ländern einen großen Theil der Steuerbedürfnisse des Staates decken, auch von unserem Volke sehr gern für Erlasse der direkten Einkommensteuer eingetauscht werden würden.

Wir lassen nun die Auseinandersetzung der „Berl. Aut. Korr.“ folgen:

Die liberale Partei wird, um ihr bei den ländlichen Wählern Abbruch zu thun, von Seiten der als „Agrarier“ oder „Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ verlassenen Konservativen Tag für Tag bezeugt, daß sie kein Verständnis oder, wo dieses zugestanden wird, kein Herz für die eigentümlichen Gesetzgebungsbedürfnisse des Landmanns habe. Die ländlichen Wähler, so heißt es etwa, möchten sich nicht länger durch die politischen Phrasen der Liberalen täuschen lassen, da sie bei einer Verwirklichung der von den Liberalen an die Gesetzgebung gestellten Forderungen ihrerseits nur eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse erfahren würden. Die Agrarier wenden sich mit solchen Verdächtigungen natürlich an Wähler, denen sie ihren politischen Anschauungen nach vertrauen, daß sie ohne besondere davon abzunehmende Gründe auch ferner einem liberalen Kandidaten ihre Stimme geben würden; den konservativen Wählern und Abgeordneten wird von vorn herein Verständnis und Herz für die eigentümlichen Gesetzgebungsbedürfnisse des Landmannes zugetraut. Begreiflicher Weise kommen die Agrarier nicht mit leeren Händen; sie beschränken sich nicht bloß darauf, den liberalen Abgeordneten so ganz im Allgemeinen wegen ihrer unzureichenden Fürsorge für die Interessen des Landmannes, oder wohl gar wegen geistlicher Zurücklegung derselben zu Gunsten des beweglichen Kapitals Vorwürfe zu machen, sondern sie zählen in ihrem Programme diejenigen Punkte auf, wo nach ihrer Ansicht die Gesetzgebung Mißgriffe begangen hat und einer Abänderung bedarf, wodurch neue Gesetze positiv Gutes, was bisher zu schaffen, unterblieben, ins Leben gerufen werden kann. Eine ganz allgemein gehaltenen Vorwürfe verdienen keine lein- gebende Widerlegung; sie gehören aber in die Klasse der Wahl- manöver, die mit den wechselnden Umständen wechseln. Es herrscht in Preußen — wie in vielen anderen Ländern — ein ziemlich allge-

mein verbreitetes Mißbehagen über die „schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse“; was Wunder, daß eine Partei, welche sich den Wählern von Neuem zu empfehlen sucht, nachdem sie bei den vorigen Wahlen wegen grober politischer Fehler schmerzliche Niederlagen erlitten hat, ihren politischen Gegnern vorwirft, daß sie durch ihren Einfluß auf die Gesetzgebung wesentlich zu der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse beigetragen haben. Calumniare andaeter semper aliquid haeret. Jedoch wird die liberale Partei gut daran thun, vor Allem in der kleinen, den Landmann zugänglichen Presse und in den Wähler- versammlungen die gegen sie erhobenen Vorwürfe, sobald sie eine bestimmte Gestalt annehmen, durch eine eingehende Widerlegung zu entkräften.

Die wirtschaftliche Lage des Landmannes ist bedingt durch die Menge und Güte der von ihm erzeugten Produkte, durch die Gelegenheit zum Absatz derselben und, je mehr diese Gelegenheit nach allen Seiten erleichtert wird, durch die Konkurrenz fremder Produktions- gebiete. Welche von der Gesetzgebung abhängigen Faktoren wirken nun nach diesen drei Richtungen auf die wirtschaftliche Lage des Landmannes ein? Die Menge und Güte der landwirtschaftlichen Produkte hängt ab von der größeren oder geringeren Leichtigkeit, mit welcher der Landmann sich die zum vortheilhaften Betriebe der Land- wirtschaft nöthigen persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse einerseits und außerdem Mittel andererseits zu verschaffen vermag. Wir fragen nun die Agrarier: Hat die liberale Partei jemals eine Forderung der Regierung abgelehnt, welche darauf hinstrebt, den allgemeinen Bildungs- zustand auf dem Lande zu heben oder im Besonderen dazu bestimmt war, Aderbauschulen, landwirtschaftliche Akademien, landwirtschaft- liche Versuchsanstalten u. s. w. zu begründen und zu unterhalten? Niemals haben die Liberalen, sehr oft dagegen die Konservativen eine Abneigung an den Tag gelegt, die ländlichen Volksschulen durch bessere Dotation der Lehrer zu haben und dadurch zur Hebung des allgemeinen Bildungszustandes unter der ländlichen Bevölkerung beizutragen. Mit warmem Eifer ist gerade von liberaler Seite für die Errichtungen von Aderbauschulen das Wort erhoben worden, welche dem landwirtschaftlichen Mittelstand, so zu sagen, die Erwerbung einer achtbaren Summa von Fachkenntnissen behufs vortheilhafter Bewirtschaftung seines Bodens ermöglichen sollten. Ist an den landwirtschaftlichen Akademien zu ver- schiedenen Malen scharfe Kritik geübt worden, so war diese Kritik doch niemals gegen den Zweck gerichtet, der durch den Besuch solcher Anstalten erreicht werden soll, vielmehr wurde, gerade weil dieser Zweck auf manden der bestehenden Akademien nur sehr ungenügend erreicht wurde, eine Reform der höheren landwirtschaftlichen Lehr- anstalten gefordert, damit Preußen das „Land der Schulen“ auch auf diesem Gebiete das Höchste leisten möge.

Zum schwunghaften Betrieb der Landwirtschaft gehört aber nicht bloß eine Summe tüchtiger Kenntnisse; es gehört, um dieselben prak- tisch zu verwerten, auch ein ausreichender Betriebsfonds und um größere Meliorationen, die erst nach Jahren sich rentiren, vor- nehmen zu können, bei in der Regel unzureichendem Kapitalvermögen die Möglichkeit Kredit zu erhalten. Hier setzt nun der Agrarier mit einem schweren Vorwurf gegen die liberale Partei ein, indem er sie beschuldigt, durch die neuere Steuer- und Wirtschafts- Gesetzgebung den Landmann einerseits schwerer als den Kapita- listen und den wesentlich durch schnellen Kapitalumsatz Gewinn erzie- lenden Industriellen belastet, andererseits das zu wirtschaftlichen Anlagen verfügbare Kapital der Belehnung ländlicher Grund- stücke abwendig gemacht zu haben, indem durch das Aktienge- sellschaftsgesetz vom Jahre 1870 für den Kapitalisten ein fast un- widerstehlicher Anreiz geschaffen worden sei, sein Geld statt in schwer- fälligen Hypotheken in leicht umzuwendenden Aktien anzulegen, nachdem schon zuvor durch die Aufhebung der Wuchergesetze der Hypo- thekengeldmarkt in die Höhe getrieben und die Kreditfähigkeit des ländlichen Grundbesitzes geschwächt worden wäre.

Was die behauptete Ueberlastung des ländlichen Grund- besitzes mit Steuern betrifft, so wird damit auf die während der „neuen Aera“ zu Stande gekommene Aufhebung der früheren Grundsteuerbefreiungen Bezug genommen und soll dadurch der Wunsch gerechtfertigt werden, daß die allgemeine Abschaffung oder doch Herab- setzung der Grundsteuer im Interesse der Landwirtschaft erfolgen möge. Für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, die bekannt- lich der konservativen Partei im Herrenhaufe nur durch einen Par- schub abgeköstigt werden konnte, hat seiner Zeit die liberale Partei gestimmt, weil es sich dabei einfach um eine Forderung der ausgleichen- den Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Provinzen des Staates handelte. Den früher von der Grundsteuer Befreiten sind für die Aufhebung ihrer Privilegien übrigens ausgiebige Entschädigungen von Seiten des Staates zugebilligt worden, so daß sie über irgend welche Härte nicht klagen können. Selbstverständlich ist die liberale Partei bereit, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Grundsteuer nicht besser vielleicht den Kreisen und Provinzen zur Bestreitung ört- licher Ausgaben an Stelle einer vom Staate zu zahlenden Rente zu überweisen sei; auch ist sie bereit, alle Vorschläge, welche auf eine ge- rechtere Vertheilung der Grundsteuer hinstreben, in ernste Erörterung zu ziehen. Etwas Weiteres aber kann sie nicht versprechen, und Etwas Weiteres würden auch die Agrarier, wenn sie an die Regie- rung gelangen, nicht leisten können, da sie dann eben aufhören würden, „Agrarier“, d. h. erbitterte Verfechter einseitiger agrarischer Interessen zu sein und — das wollen wir wenigstens zu ihrer Ehre annehmen, — Staatsmänner „zu werden sich bemühen würden, die ihren Blick vom Einzelnen ab auf das große Ganze des Staates richten, welches nur in der den Widerstreit der Sonderinteressen durch die Pflege des „allgemeinen Wohles“ ausgleichende Gerechtigkeit seine Grundlage hat. Doch die Agrarier erheben noch andere Wünsche in Betreff einer Steuerreform, und da diese sich wesentlich unter den Gesichtspunkt einer Wirtschaftsreform gruppieren, so wird davon besser in einer besonderen Betrachtung die Rede sein.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berechnet, daß um die liberale Partei aus der Stellung der absoluten Majorität im Reichstage und preussischen Landtage zu verdrängen, es nur eines verhältnismäßig geringen Erfolges ihrer Gegner bedürfen würde. Im Reichstage würde z. B. der Verlust von neun Sitzen dazu genügen. Erwäge man nun, daß man auf konservativer Seite im Vergleich zu den vorigen Wahlen aus der Defensive in die Offensive übergegangen ist und dem entsprechend die damals auffallend geringe Wahlbetheili- gung der Konservativen sich wahrscheinlich in ihr Gegenheil verwan- deln wird, so liegt die Gefahr auf der Hand. Unter solchen Umstän- den habe vorzeitige Siegesgewißheit ihre sehr bedenkliche Seite. Bei den letzten Reichstagswahlen habe sich herausgestellt, daß, je sicherer

in einem Wahlkreise eine Partei ihres Sieges sein dürfte, um so geringer auch die Wahlbetheiligung war. So betheiligten sich z. B. in den Wahlkreisen, in welchen auf einen nationalliberalen Kandidaten 50–60 Prozent aller abgegebenen Stimmen, also nur wenig über die erforderliche Majorität fielen, 65,8 Prozent der Wahlberechtigten an dem Wahltage, während da, wo 60–70 Proz. der abgegebenen Stim- men auf einen nationalliberalen Kandidaten fielen, nur 60,6 pCt., bei 70–80 pCt. der abgegebenen Stimmen nur 55,7 pCt., bei 80–90 pCt. der abgegebenen Stimmen nur 50,4 pCt., bei über 90 pCt. der abge- gebenen Stimmen nur 38 pCt. der Berechtigten an der Wahlurne erschienen. Diese sehr deutliche Lehre der Statistik würden wir zu beherzigen haben. Man kann sich darüber nicht täuschen; die liberale Partei befinde sich bei den bevorstehenden Wahlen in der Defensive, und wenn sie sich in derselben auch noch so stark fühlt, sie würde doch ihre ganze Kraft aufbieten müssen, wenn sie nicht eines Hauptvorthells ihrer gegenwärtigen Stellung verlustig gehen will. Heute sei es möglich, daß Nationalliberale und Fortschrittspartei zusammen eine reaktionäre Zumuthung an die Gesetzgebung zurückweisen können. Bei dem Verlust von nur einem Duzend Stimmen würden sie zu diesem Zwecke immer erst um die Mitwirkung anderer Fraktionen werben müssen, die theils über den Begriff des Reaktionären mit ihnen keines- wegs immer gleicher Meinung sind, theils ihre Hilfe von unerfüll- baren Gegenleistungen abhängig machen würden. Darum: keine Sorg- losigkeit! Alle Kräfte gesammelt und „toujours en vedette!“

### Zur Wahlbewegung.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Denzin bewirbt sich Herr Kette-Jassen um das Mandat des Wahlkreises Lauen- burg-Stolpe zum Reichstage und hat seine Stellung zu den schwebenden Fragen der inneren Politik in einem kurzen Programm den Wählern vorgelegt. Herr Kette erklärt, im Reichstage der deutschen Reichspartei beitreten zu wollen und bezeichnet die Punkte, in denen seine Ansicht in entschiedenem Gegensatz zu dem Programm der „deutsch-konservativen Partei“ steht. In der Eisen- bahnanfrage stimmt er mit dem Programm der „Steuer- und Wirt- schaftsreformer“, die den Betrieb durch die einzelnen deutschen Staaten wollen, nicht überein, sondern unterstützt die Politik des Reichstanzlers. Er erkennt die Mißstände in unserm Erwerbs- und Verkehrsleben an und hält es für Aufgabe des Reichstages, zu prüfen, inwiefern die Schäden durch gesetzgeberische Maßregeln zu heilen sind. Als solche sind seiner Meinung nach in Betracht zu ziehen: „Die Revision der Aktien-Gesetzgebung, der Gewerbeordnung (speziell wegen des Lehr- lingswesens) und des Gesetzes über den Unterstufenswohnung (ein- jähriger Aufenthalt nach vollendetem 21. Lebensjahre, statt wie jetzt 2 Jahre nach vollendetem 24.), sowie ein neues Gesetz, welches aus- reichenden Schutz gegen den böswilligen Kontraktbruch gewährt, wie endlich bei Abschluß neuer Handelsverträge Rücksicht auf die heimischen Produktionsverhältnisse nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit.“ Die Kundgebung ist, bemerkt die „N. L. Z.“, infolge von erfreulichem Werth, als sie zum ersten Mal das Bist für der freikonservativen Partei den sogenannten „Deutsch-Konservativen“ gegenüber öffnet und Farbe bekundet. Es steht zu erwarten, daß die Partei als solche den Stand- punkt ihres obengenannten Mitgliedes in allen Hauptpunkten theilt, womit das Anrecht auf den Zusatz „deutsch“ als eines unter- schiedenden Merkmals der neuen konservativen Parteigründung tha- tächlich abgeprochen wäre.

Wie dem „Central-Volksblatt“, aus zuverlässiger Quelle mitge- theilt wird, haben die Landtags-Abgeordneten des Zentrums für den Wahlkreis Arnberg-Brilon-Lippstadt, die Herren Kreisrichter v. Kleinjürgen (Melschede) und Rechtsanwalt a. D. Schröder (Lippstadt), sich bereit erklärt, eine Wahl für die nächste Legislatur-Periode wiederum anzunehmen. Auch verläutet, daß in dem genannten Wahlkreise, wie anderwärts in Westfalen, Wahlkomitès der Zentrums- fraktion in Bildung begriffen sind und demnächst Wahlversammlungen, wo es nothwendig erscheint, abgehalten werden sollen.

### Deutschland.

2 Berlin, 28. August. Die Mittheilung, daß schon jetzt eine Steigerung der Ansprüche für die Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst beabsichtigt werde, hat bereits eine Berich- tigung erfahren. Thatsache jedoch ist, daß eine derartige Steigerung militärischerseits noch fortgesetzt eifrig erstrebt wird, und nicht minder kann als gewiß angenommen werden, daß, wenn nicht früher, doch jedenfalls mit dem Erlaß des neuen Unterrichtsgesetzes ein hierauf bezüglicher Antrag gestellt werden wird. Die Lage ist, daß die Bil- dungslage von Unter-Sekunda, an welche sich gegenwärtig die er- wählte Berechtigung geknüpft findet, hinter dem Bildungsanspruch zurücksteht, der für die Offizierstellung obwaltet, und daß zu dem Zweck das deutsche Offizierscorps wie aus einem Guß geformt hinzu- stellen, militärischerseits ein Ausgleich dieses Bildungsunterschiedes dringend gewünscht wird. Ferner zielt der militärische Grundgedanke aber auch darauf ab, die Erlangung der Qualifikation zum Reserve- Offizier für jeden einjährigen Freiwilligen gleichsam obligatorisch hinzustellen und sogar die Einhaltung der Vergünstigung des nur ein- jährigen Dienstes hiervon abhängig zu machen. Die Frage der Be- rechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst erscheint jedoch unbedin- gung in unsere sozialen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse viel zu tief einschneidend, um einseitig ausschließlich vom militärischen oder pädagogischen Standpunkt entschieden werden zu können, und ist selbst für die militärische Fassung dieser Frage mit dem Erlaß des neuen deutschen Mobilisationsplans und des neuen Landsturm-Gesetzes eine so veränderte Sachlage eingetreten, um jenen vorerwähnten An- spruch kaum noch aufrecht erhalten zu können. Durch jenen Plan ist nämlich, wie bekannt, für den Kriegsfall die Errichtung von vierten Feld-Bataillonen in Aussicht genommen, während nach dem Land- sturm-Gesetz für den gleichen Fall auch eine Aufstellung von Land- sturm-Truppen bis zur Stärke des Gesamtaufgebots desselben er-



folgen kann. Das Offizierbedürfnis der Armee allein aber stellt sich für den gedachten Fall, inklusive der vierten Feld-Bataillone, zu 35,230 Offizieren, während die Zahl der vorhandenen Offiziere, inklusive der Reserve, der Landwehr und der zur Disposition gestellten Offiziere, höchstens zu 25,000 bis 26,000 angenommen werden kann. Es erscheint aber faktisch unmöglich, auf dem bisher verfolgten Wege je die zuvor angegebene erforderliche Zahl von Offizieren disponibel zu erhalten, und würde jede Aussicht dazu schwinden, wenn die Bedingungen der Berechtigung zum einjährigen Freiwilligendienst noch gesteigert werden sollten. Weit bedenklicher und bedenklicher stellt sich jedoch die Rückwirkung einer solchen Steigerung für alle diejenigen bürgerlichen Berufskreise, welche außer einer allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung auch noch eine längere technische, künstlerische oder sonstige Berufsvorbildung erfordern, und genügt ein Hinweis auf die Altersstufe, mit welcher die jungen Leute jetzt, und mit der sie bei einer noch fernerer Erhöhung jenes wissenschaftlichen Anspruchs in ihren künftigen Beruf eintreten können, um die Schwierigkeit einseitig klarzulegen, welcher im letzten Falle ihre genügende Berufsvorbildung unterliegen würde. Der Besuch einer höheren Lehranstalt bis zum einjährigen Kursus von Unter-Sekunda kann mit dem 16. bis 17. Lebensjahr absolviert werden, und bleibt den jungen Leuten dann bis zum 20., resp. 23. Lebensjahre noch die ausreichende Zeit, sich für ihren künftigen Beruf tüchtig vorzubilden. Die Ablegung des Abiturienten-Examens fest hingegen der Regel nach ein Alter von 19 bis 21 Jahren voraus, und muß, abgesehen davon, daß spätestens mit dem 23. Jahre die Militärpflicht abgeleistet werden soll, diese Altersstufe entschieden auch schon als zu weit vorgeschritten angesehen werden, und danach bei den betreffenden jungen Leuten anders als in Ausnahmefällen noch die rechte Fähigkeit für eine Lehrlingsstellung voraussetzen zu können. Die gründliche Berufsvorbildung aber bildet die Basis für die geistliche Entwicklung der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, wie für den industriellen, merkantilen und überhaupt wirtschaftlichen Aufschwung des Staats, von welchem letzteren wieder die Steuerkraft desselben und der Nationalwohlstand als abhängig angesehen werden müssen. Der Gedanke den jungen Kaufmann, die gesamte junge Künstlerwelt, den jungen Oekonomen, Kunsthandwerker und die Glieder noch einer langen Reihe ähnlicher Berufskreise, wofür sie sich nicht dazu verstehen wollen, ihren Schulkursus noch um so und so viele Jahre zu verlängern, unweigerlich zur Ableistung ihrer Militärpflicht auf drei Jahre ihrem Beruf zu entziehen, erscheint denn doch aber volkswirtschaftlich so entschieden unzulässig, um hieran wahrhaftig das ganze vorerwähnte Steigerungsprojekt scheitern zu lassen. — Der Fall, daß in voriger Woche für die Vergabung der Fortifikationsbauten der Festung Spandau ein Zuschlag erzielt worden ist, welcher um 600,000 Rmk. hinter dem Voranschlag der Festungs-Baubirection zurücksteht, wirft gegenüber der dadurch erzielten, allerdings beträchtlichen Ersparnis doch auch ein eignes Streiflicht auf das für Militäraufträge neuerdings angewendete Preisherabminderungs- und Submissionsverfahren. Wenn irgend auf einem Gebiet, fällt gewiß auf dem militärischen in erster Reihe nicht die Preisherabminderung, sondern die unbedingte Zuverlässigkeit und Gediegenheit der beanspruchten Arbeiten in das Gewicht. Vermag dieser Hauptanspruch bei der Vergabung an den Mindestfordernden aber noch als genügend gewahrt angesehen zu werden? — Irgeiwie und wo muß der Unternehmer, welcher, wie in dem vorliegenden Fall ein Geschäft zu einem so bedeutenden Betrage unter der Aufschlagsumme abschließt, doch wieder zu seinem Vortheil zu kommen suchen. Bei Bauten, welche nur an inländische Unternehmer vergeben werden können und für die deshalb eine genaue Beaufsichtigung der Ausführung und des Fortschreitens der Arbeiten in Kraft treten kann, müssen die Uebelstände der Vergabung an den Mindestfordernden sich allerdings weniger heftig erweisen; allein es hat ein ähnliches Preisherabminderungsverfahren unter Mitherausziehung auswärtiger Konkurrenten auch auf anderen militärischen Gebieten und namentlich bei der neuen Gewehr- und Munitionsausrüstung der deutschen Armee stattgefunden, und soll das Herabdrücken der Preise dabei namentlich auf die inländischen Produzenten Anwendung gefunden haben. Auch ist der üble Resultate, welche sich bei der Bestellaufgabe an

auswärtige Konkurrenten ergeben haben sollen, hier neulich schon Erwähnung geschehen und bedingt sich ein derartiges Ergebnis ja schon daraus, daß diese sich mehr oder minder doch jeder Kontrolle der übernommenen Arbeiten entzogen finden. Abgesehen hiervon ist damit aber noch dem harten Urtheil: „Billig und schlecht“, das von Philadelphia aus die deutsche Industrie so tief einschneidend getroffen hat, von Seiten der Militär-, also der Staatsbehörden mit Vorschub geleistet worden, und kann danach auf militärischem Gebiet die Vergabung an den Mindestfordernden ferner noch aufrecht erhalten werden?

— Ueber die Reise des Kaisers und Königs zu den Manövern des XII. (königlich sächsischen) und IV. Armee-Corps sind dem „Reichsanzeiger“ zufolge jetzt nachstehende Bestimmungen getroffen worden:

Se. Majestät wird am Dienstag, den 5. September, Berlin auf dem Anhalterischen Bahnhof mittelst Extrazuges, Nachmittags 4½ Uhr, verlassen und in Leipzig auf dem Bayerschen Bahnhof Abends 7½ Uhr eintreffen. In Leipzig ist der Kaiser Gast des Königs von Sachsen. Am Mittwoch, den 6. September, wird Se. Majestät auf der Ebene bei Pulgar die große Parade über das XII. (königlich sächsischen) Armee-Corps abnehmen und Donnerstag, den 7. September, dem Corpsmanöver bei Magdeborn an der Gießbach beivohnen. Am lesteren Tage wird der Kaiser Leipzig auf dem Thüringischen Bahnhofe Abends 6½ Uhr verlassen und sich über Corbeia nach Merseburg begeben, woselbst der Antritt um 7 Uhr 20 Minuten entgegengefahren wird. Bei der Ankunft in Merseburg wird Empfang auf dem Bahnhofe stattfinden. Das Logis nimmt Se. Majestät im königlichen Schlosse. Abends wird ein Zapfenstreich von den Musikcorps des IV. Armee-Corps ausgeführt. Freitag, den 8. September, wird der Kaiser bei Merseburg die große Parade über das IV. Armee-Corps abnehmen. Um 4 Uhr findet im königlichen Schlosse das Parade-Diner statt, dem Abends ein Fackelzug und eine Serenade der Landwehrbereite folgen. Sonnabend, den 9. September, wird südlich Köthau und Weina das Corpsmanöver abgehalten. Um 5 Uhr findet bei Sr. Majestät ein Diner statt, zu welchem die Spitzen der Zivilbehörden und die Stände-Entlangungen erbalten. Abends wird der Kaiser das Ständefest mit seiner Gegenwart beehren. Sonntag, den 10. September, folgt Se. Majestät nach dem Gottesdienste einer Einladung des Offiziercorps des Thüringischen Husaren-Regiments Nr. 12 zum Dejeuner und wird um 3¼ Uhr einem Orchesterkonzert im Dome beivohnen. Um 5 Uhr ist Diner beim Kaiser mit den Spitzen der Behörden und den Fremden. Montag, den 11. September und Dienstag, den 12. September, finden Feldmanöver des IV. und XII. (königlich sächsischen) Armee-Corps zwischen Alt-Ramstadt, Merseburg, Querfurt und Weihenfeld statt. In beiden Tagen sind kleinere Diners bei Sr. Majestät im Schlosse zu Merseburg angefragt. Mittwoch, den 13. September, wird früh ein Feldmanöver ausgeführt, dem um 2 Uhr ein déjeuner dinatoire beim Kaiser im Schlosse zu Merseburg folgt. Um 4 Uhr Nachmittags wird Se. Majestät Merseburg mittelst Extrazuges verlassen, in Halle um 4½ Uhr und in Berlin um 7¼ Uhr auf dem Anhalterischen Bahnhofe eintreffen.

— In den letzten Tagen sind nun auch die kaiserlichen Anordnungen bezüglich der Einfegung des militärischen Schiedsgerichtes ergangen, welches sein Urtheil über den Ausgang der Operationen der gegeneinander manöverirenden Truppen des Garde- und 3. Armee-Corps abzugeben haben wird. Als Oberschiedsrichter soll der Kronprinz fungiren. Als Schiedsrichter wirken unter demselben der General der Kavallerie v. Podbielski, die Generalleutenants v. Bülow und v. Bickler, sowie der Generalmajor v. Thile. Jedem dieser Generale sind noch Offiziere vom großen Generalstab als Berichterstatter z. beigegeben. Als Beigeordnete des Kronprinzen fungiren die Offiziere der 4. Armee-Inspektion.

— Der Hochverrathsprozess gegen die am polnischen Aufstand gegen Rußland in den Jahren 1863 und 1864 theilhaftig gewesenem preussischen Unterthanen polnischer Nationalität, welcher bekanntlich zu der Verurtheilung des Grafen Dzialynski und zehn seiner Genossen zum Tode führte, — es war, da sich dieselben geflüchtet, in contumaciam erkannt worden — wird am 16. Oktober d. J. noch insofern ein Nachspiel erhalten, als sich Einer seiner Eifer, nämlich der praktische Arzt Dr. von Kozicki, von der Türkei aus, wo er eine einflußreiche Stellung im Medizinalwesen bekleidet haben soll, freiwillig den preussischen Gerichten gestellt hat und an dem gedachten Tage zu seiner Verurtheilung vor dem Staatsgerichtshofe erscheinen wird. Herr v. K., welcher zur Zeit seiner ersten Verurtheilung noch ein sehr junger stud. mod. war, genügt übrigens nur hierdurch einer Form, welche ihn, gleichviel wie das jegliche Urtheil ausfallen wird, der allge-

meinen f. J. für politische Vergehen vom Kaiser erlassenen Amnestie theilhaftig macht.

— Am 31. d. Mts. Abends 8 Uhr wird vor dem Palais des Kaisers von sämtlichen Musikcorps des Gardecorps ein großer Zapfenstreich ausgeführt werden. Der furchtbare Unglücksfall, welcher im Herbst 1872 bei dem zu Ehren der Dreikaiserzujammenkunft veranstalteten Zapfenstreich sich ereignete, hat die Polizei mit Recht veranlaßt, diesmal die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

**Zwickau.** (Kard. Sachsen), 25. August. Dem „Fr. Z.“ schreibt man: Der gestern Abend zu Ehren des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke seitens der hiesigen Stadt veranstaltete Fackelzug verlief unter lebhafter Theilnahme der Bevölkerung und gewährte durch seine große Ausdehnung einen schönen Anblick. Der Zug selbst, an welchem sich der Militär- und Kriegerverein, die freiwillige Feuerwehr, mehrere Gesangsvereine und die Oberklassen des Gymnasiums und der Realschule theilnahmen, bestand aus etwa 800 Fackeln und gegen 400 Lampen. Insbesondere war die nach erfolgter Aufstellung des Zuges vor der Wohnung des Feldmarschalls während der Ausführung einiger Musik- und Gesangsstücke unternommene Beleuchtung des der Oberischen Villa gegenüberstehenden Kriegerdenkmals durch Rothfeuer von großartiger Wirkung. Nach einem von dem Leiter des Zuges, Branddirektor und Stadtvater Becker, auf den Generalfeldmarschall ausgesprochenen, von den Theilnehmern am Zuge und der Zuschauermenge lebhaft aufgenommenen Hoch, kam dieser aus seiner Wohnung herab und schritt in Begleitung des Oberbürgermeisters Streit und des Branddirektors Becker die Reihen des Zuges ab, indem er sich mit mehreren Vorständen der im Zuge vertretenen Vereine in der freundlichen Weise unterhielt. Heute Nachmittag besichtigte der Feldmarschall in Begleitung des Oberbürgermeisters Streit noch die Marienkirche und die Rädliche, unter dem Namen „Ernst-Julius-Richters-Stiftung“ bestehende mineralogisch-geologische Sammlung.

**München.** 27. August. Die mitgetheilten Auslassungen des Dr. Ritter in seinem „Frank. Volksbl.“ worin er sich von den gemäßigten Ultramontanen löst, haben in Dr. Sigl's „Bayer. Vaterland“ sofort ein lautes Echo gefunden. Dr. Sigl schreibt darin:

Herr Dr. Ritter hat — mit uns — aufgehört, für Bayern noch etwas von Measchen, von „Patrioten“ oder sonst wem zu hoffen; er ist, seit Jahren mitten im Kampfe stehend und angefeindet und verfolgt am meisten von der Thorheit der eigenen Leute, durchaus pessimistisch geworden und mißde — wie wir —, in vergeblichem Kampfe gegen die Thorheit und Dummheit im eigenen Lager sich aufzureiben, sich zu opfern und zum Danke dafür den doppelten Haß der liberalen Gegner und gewisser „Patrioten“ zu tragen, die nie geschiedt werden und allezeit die am meisten haßen, die sie für geschiedt und mißgibt halten, als sie selbst sind, die nie einem wirklichen Gegner geschiedt, dafür aber stets die Vorkämpfer der eigenen Partei zu verdächtigen, zu verkleinern, zu ruinieren bestrebt sind. Er ist es mißde — wie wir — allezeit den Sünderhaß für die Dummheiten Anderer abzugeben, ohne Dank, ohne Anerkennung, ja selbst ohne den armseligen Sold einiger Sympathie von dieser Seite, die nur allezeit zu verderben weiß, was Andere gut gemacht haben.

Man sieht, Dr. Sigl findet die Lage seiner Partei auch nicht ganz rosig, aber er ist zäher als sein Kollege und scheint so noch nicht oder doch „mit Nachstem“ noch nicht gesonnen, der „eingebildeten Weisheit“ der Gemäßigten und Staatsmänner seiner Partei gänzlich das Feld zu räumen.

## Deutsches.

**Best.** Ueber die Arretirung des Russen S. Chludow in Bessker in Ungarn finden wir in den „Petersburger Wiedomosti“ (Pet. Nachr.) eine anscheinend tendenziöse Mittheilung. Einer unserer Korrespondenten in Belgrad hat S. Chludow gesprochen, welcher ihm über seine Arretirung in Bessker folgende Mittheilungen machte. Der Arrest erfolgte in Folge dessen, daß man Chludow verdächtigte, ein Spion der russischen Regierung zu sein. Die Festnahmen gingen ungewöhnlich grausam mit ihm um. Man schnürte ihm die Arme auf dem Rücken zusammen und band sie an einen Stoch, was ihm große Schmerzen machte. Darauf fertigte man ihn ins Gefängnis ab. Während des Ganges verließen ihm die Soldaten Stöße mit den Kolben ihrer Gewehre. Nachdem man ihm alles Geld, das er bei sich trug — gegen 400 Dukaten — abgenommen, sperrte man ihn mit Dieben zusammen ein. Chludow hätte in dieser traurigen Lage lange Zeit verbringen können, bis es den ungarischen Behörden gefallen hätte, eine Untersuchung in seiner Sache anzustellen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, einige Worte auf einen Papierfetzen zu schreiben, den er einem Weibe durch das Gitterfenster des Gefängnisses

## W-g Im Bade Landeck.

Anfang August.

Nicht etwa aus langer Weile werde ich mittheilsam; nein die neulich in der Posener Zeitung gebrachten Reiseeffizzen aus dem Gebirge regen mich an und das wohnige Behagen meiner selbst hier verleiht mich, zu versuchen, auch Andere zur Hierherkunft zu bewegen. Wenn man Jahr aus, Jahr ein, seinem mehr oder weniger scholterigen Berufe obliegt, ist Abwechslung und Erholung erwünscht, wenn nicht gar geboten. Auch ich schüttelte erst vor wenigen Tagen den Staub des heimathlichen Ortes von mir und eilte dem Rathe des Arztes folgend, nach Landeck. Ich übergehe natürlich die ermüdende Postreise zur Bahn und die kurze Langeweile auf letzterer durch die einförmige Ebene. Der posener Plattländer ist ja auch nicht verrückt. Schon Breslau ermuntert; bei Streßlen beginnen die hohen felsigen Massen, abwechselnd mit anscheinlichen Schluchten; tief im Hintergrunde das Gebirge. Dann folgen Ramens, Warta, Glatz; wer zum ersten Male das sieht und fühlt, — unbeschreiblich schön! Diese mächtigen Felsketten mit den kühlen Wäldern, die Thäler und Tiefen mit ihren Gebirgswässern; — die Dörfer und Städte daliegend, wie Schmuckstücke, eingeklebt mit Silberstaub. — Endlich sind wir im Badoerte: entfernt aus dem Posenschen in die äußerste Ecke der Grafschaft Glatz binnen 15 Stunden für wenige Mark. Tief, tief unten liegt Landeck, ebe man hinabfährt; reizend, anscheinend niedrig klein, eingeschlossen runde herum von hohen Bergen mit üppiger Vegetation. —

Es beginnt die Hochsaison. Wohl an 3000 Gäste sind anwesend und noch ist viel Platz. Stadt und Bad sind getrennt. Bad Landeck ist ein kleines Paradies; wie viele herrliche Promenaden und Plätze, welche reizender Kurpark. Wie hat doch fürsorglich jedes Haus seinen hübschen, schattigen gepflegten Garten mit zahlreichen Lauben und Rosenbäumen; jedes Haus ist, möchte man sagen, eine Villa und der ganze Badoerte ein Garten, in dem Sauberkeit und Ordnung unerlässliche Bedingungen sind. Das Wesen der Einwohner ist freundlich und vornehm, bieder deutsch. —

In durchweg bequemen, schönen Wohnungen läßt sich's gut weilen und Mische und Bedienung sind billig. Für das leibliche Wohlsein ist vollauf gesorgt, nicht nur im Kurhause, sondern auch in mehreren Hotels ist man gut für mäßige Preise. Für geringes Geld stehen Mineral-, Bäder, Bassin, Douche- und Moor-Bäder zur ständ-

lichen Verfügung. Dabei ist das Baden vieler zur selben Zeit ermöglicht, die Ordnung gesichert und das Personal zuverlässig. Wohl 6 Ärzte rathen, verordnen und helfen, und will dennoch die fröhliche Stimmung verjagen, so erheitert die Mißvergnügte die Kunst. Das Personal des ehem. Breslauer Stadttheaters gastirt hier, und täglich finden mehrstündige Morgen-, Nachmittags- und Abend-Konzerte statt. Wer noch nicht genug hat, geht in den Blumenfeldischen Circus oder zum Zauberkünstler Weigner und spielt oder tanzt im Kurhause. Wer laufen will und sich bewegen kann, geht hinauf auf die Berge, in die Wälder und fest, legt oder hängt sich mit der Matte in den Schatten und athmet die kostbare Luft. — Wie ist es doch so lieblich im Waldschloßchen und in Olbersdorf und welche reizende Aussicht bieten die Heberschauer, die Schollensteine, der Hohenzoller-Felsen und der Dreiecker, letzterer übrigens gegen 2500' über dem Meere.

Zu weiteren Ausflügen dienen schöne, gute Gespanne für tatzmüthige Preise. Die der Bestimmung werthen Wälder Reinerz mit der Heuschauer, Langenau und Gudowa sind leicht zu erreichen. Das hoch gelegene fürstbischöfliche Schloß Johannesberg und die darunter befindliche Stadt Zauernitz im Oesterreichischen sind sehenswerth. Die Zick-Zack-Chaussee dahin am Militairkurhause vorbei und das dem Auge sich darbietende weitenweite Panorama suchen Hresgleichen. Nach dem Schneeberge und dem Wölschfall ist eine hübsche Tagespartie mit der denkbar schönsten Aussicht. Und so giebt es noch sehr viele Punkte, die das Interesse der Gäste erwecken und erhalten. Mit geringer Ausnahme sind die hier verweilenden Menschen, die sich erholen, Freiheit genießen und zu frischer Arbeit fähig werden wollen, körperlich leidend sind die wenigsten.

## Die Eröffnung der permanenten Bau-Ausstellung

Im Hause des Architektenvereins zu Berlin (Wilhelmstr. 92/93) fand, wie festgesetzt, am Sonntag, den 27. d. Mts., Mittags 12 Uhr statt. Nachdem die zahlreich anwesenden Aussteller und Mitglieder der an dem Unternehmen vorzüglich theilnehmenden Vereine — des Berliner Architektenvereins, des Bundes der Bauwerkmeister, des Eisenbahnvereins, der polytechnischen Gesellschaft und des Berliner Bauhandwerks — sowie die gleichfalls erschienenen Vertreter der Presse sich nach geschwiegener Aufzählung aus dem als Versammlungsort benutzten Souverainlokalitäten in das Hauptgebäude des Gebäudes begeben und dort im mittleren Theile des weiten, hochgewölbten Saales Aufstellung genommen hatten, ergriff der königliche Bau Rath Quastoweth,

der als Vorsitzender der vorbereitenden Kommission fungirt hatte, das Wort zur Eröffnung der Ausstellung und zur Begrüßung der Anwesenden. Da einzelne der Aussteller mit der Anordnung ihrer Objekte noch nicht fertig geworden seien und da außerdem dem Gebäude selber noch mancher Schmuck fehle, so hätten die Theilnehmer es vorgezogen, die Ausstellung gleichsam unter sich zu eröffnen. Es seien daher nur die Mitglieder der besonders interessirten Vereine und die Aussteller eingeladen worden. Nach vielen Mühen sei es dem (aus den Herren Kallmann, Kühnemann und Luthmer bestehenden) engeren Comité gelungen, das Werk bis hierher zu vollenden. Nachdem der Redner hierauf einen Blick auf die Wichtigkeit des Unternehmens geworfen und den Wunsch ausgesprochen hatte, daß es so prosperieren möge wie man es bei der begeisterten Inangriffnahme desselben allgemein erhofft habe, erklärte er die Ausstellung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser, in das die Versammelten einstimmten, für eröffnet.

Als Vorsitzender des Berliner Architektenvereins nahm demnach Ober-Baurath H. v. B. das Wort, um ausführlicher auf den für Kunst und Gewerbe gleich wesentlichen Werth des Unternehmens hinzuweisen und in Anknüpfung an das bekannte harte Urtheil, das einst über die deutsche Industrie gefällt worden sei und das er in seiner Berechtigung übrigens ununtersucht lassen wolle, die Hoffnung auszusprechen, daß die Ausstellung eines der wirksamsten Mittel werden möge, vorhandene Schäden zu heilen, beachtenswerthe Anfänge zu treiflichen Leistungen förderlich zu unterstützen. Was sich bereits heute hier dem Auge darbiete, lasse wenigstens, das Eine erkennen, daß unsere Industrie im Begriff stehe, die besten Wege einzuschlagen. An beiden Theilen, Produzenten wie Konsumenten, sei es nun, die Unternehmen in gegenseitiger Wechselwirkung zu wahrhaft nutzbringender Bedeutung zu entfalten. Daß aber die Ausstellung, die dann bleibende und immer weiter greifende Erfolge zu erzielen im Stande sein würde, schon in diesem Augenblicke habe eröffnet werden können, sei vor Allem das Verdienst des engeren Ausschusses dem sämtlichen Theilnehmern zu aufrichtigem Dank verpflichtet seien. Er fordere die Versammlung deshalb auf, in ein Hoch auf das engere Comité mit einzustimmen.

Nachdem dieser Aufforderung einhellig Folge geleistet war, dankte Baumeister Kallmann als Mitglied des Ausschusses für das Vertrauen, mit dem man diesem allezeit entgegengekommen sei. Das gerühmte Verdienst wolle der Redner übrigens nicht sowohl für den Ausschluß als vielmehr eben für das begeisterte und einmüthige Entgegenkommen in Anspruch nehmen, das von sämtlichen Theilnehmern erwiesen worden sei und ein durchweg von reinem sittlichen Ernst erfülltes Streben gezeigt habe. Ein Jeder habe sich hier bereit gefunden, sich selber dem großen Ganzen willig und gern unterzuordnen, und dieser Einmüthigkeit schreibe ihm die beste Garantie für die Zukunft der deutschen und insbesondere auch der Berliner Industrie zu liegen, der sein Hoch gelte.



hinansreichte, indem er ihr reichen Lohn versprach, wenn sie den Zettel dem russischen Konsul in Pest zustelle. Das Frauenzimmer erfüllte den Auftrag redlich und der Konsul erwirkte sofort die Freilassung Ebludow's, der sich beeilte, den unangstlichen Boden Ungarns zu verlassen und nach Belgrad zurückzukehren. Die sich immerfort erneuernden Fälle von argen Grenzverletzungen, welche sich türkische Truppen längs der österreich-ungarischen Grenze zu Schulden kommen lassen, um zu rauben und zu plündern, wie dies erst bei Topusko, dann bei Sinj und neuerdings bei Ossinik der Fall war, wo sogar ein Mann um's Leben kam, geben sogar dem türkenfreundlichen „Pester Lloyd“ Veranlassung, die österreichisch-ungarische Regierung aufzufordern, daß sie sich nicht bei Reklamationen begnügen, sondern entschiedenste Gemüthung fordern möge.

### Frankreich.

Ein Telegramm vom 28. d. Mts. meldete, daß bei den Nachwahlen für die Deputirtenkammer in Pontivy Graf de Mun und in Guingamp der Republikaner Huon gewählt worden sei. Diese Wahlen haben eine größere Bedeutung, als es im Augenblick scheinen kann. Das ergiebt sich am besten aus der nachstehenden pariser Korrespondenz der „Nat.-Ztg.“ vom 26. d. Mts.:

Der Ultramontanismus liefert morgen eine große Schlacht; denn es gilt, den bekannten Klerikler-Mitglieder a. D. und vormaligen Adjutanten des General-Gouverneurs von Paris, Grafen Albert de Mun, wieder in die Deputirtenkammer zu bringen, aus welcher er auf Grund der großartigsten, durch eine parlamentarische Untersuchungskommission konstatierten klerikalen Wahlmanöver religirt worden ist. Die Wahlbewegung für diesen Kandidaten, den der Kardinal-Erzbischof von Bordeaux in einer feierlichen Rede als einen „neuen Makkabäer“ verherrlichte, bringt begreiflicher Weise die gesammte Syllabus-Welt auf die Beine, und nach wie vor der parlamentarischen Enquete scheut der Klerus vor keinem Pressionsmittel zurück, um die Majorität der Wähler von Pontivy (Departement Morbihan) für seinen Hauptstreiter zu gewinnen. Der Wahlkampf ist natürlich ein rein religiöser und daher nur um so hitziger. Republik, Monarchie, Konstitution, Vaterland u. alles das wird von beiden Seiten aus dem Spiele gelassen; Syllabus, Rom, die modernen Brimborien, die päpstliche Unfehlbarkeit und sonstige Dogmen bilden ausschließlich den Gegenstand der Zeitungs-Polemik, der Wahlschreiben und der Versammlungen, so daß man meinen sollte, es handle sich um die Wahl eines Kirchenvaters. Auf ein glänzendes Resultat rechnen die Klerikalen auch im Departement Côtes du Nord, wo morgen der ebenfalls in Folge von Wahlmanövern des Klerus „religierte“ Prinz von Lucinge-Faucigny wieder vor seine Wähler tritt. Als Gegner stellen ihm die Republikaner den früheren Unterpräfekten des bezüglichen Arrondissements (Guingamp), Herrn Huon, auf. Der Legtere soll ziemlich große Chancen haben, gewählt zu werden, besonders weil der Prinz von Lucinge sich vor der ignoranten Wählermenge nicht vom Mafel rein waschen konnte, als früherer österreichischer Offizier, während des italienischen Feldzuges, die Waffen gegen sein Vaterland geführt zu haben.

Der hiedrige Graf de Mun hatte kurz vor der Wahl eine Zuschrift an seine Wähler gerichtet, worin es heißt:

Wähler des Arrondissements Pontivy! Am 5. März habt ihr mich mit eurer Majorität von 1771 Stimmen gewählt, um euer Arrondissement in der Kammer zu vertreten. Fünf Monate später ist eure Entscheidung kassirt worden und heute müßt ihr zur Wahlurne zurückkehren. Ihr wißt, wie die Sachen gekommen, und welche Motive angeführt wurden, um eure Botschaft aufzuheben: Ihr habt die gegen euch gerichteten Anklagen und die Antworten gelesen, welche ich in eurem Namen ertheilt; ihr habt urtheilen können. Jetzt ist die Reihe, zu antworten, an euch! Katholiken! Man hat meine Wahl aus Haß gegen unsere gemeinsame Religion kassirt! Erhebt euch Alle, um mit eurer Liebe zu eurer Religion zu protestiren. Bretnager! Man hat die Aufrichtigkeit eurer Abstammungen in Zweifel gezogen. Erhebt euch Alle, um die Freiheit eures Gewissens zu bezeugen! Keinen Zweifels! Keine Ungeheuerlichkeit mehr; einigt euch um die katholische Fahne und gebet zur Wahl wie ein Mann, indem ihr euren alten Herrn singt: Katholik und Bretnager allzeit!

Graf Albert de Mun,  
katholischer Kandidat.

Der Präfekturrath des Seine-Departements hat die kürzlich erfolgte Wahl eines Südfrenzen, Herrn von Calvinbac, zum Gemeinderath von Paris umgestoßen, weil derselbe die von dem Gesetze erforderlichen Bedingungen nicht erfüllte, sich z. B. über einen zweijährigen Aufenthalt in Paris nicht genügend ausweisen konnte. Herr von Calvinbac ist ein radikaler Graf, welcher vor seinen demokratischen Wählern des 20. Arrondissements, denselben, die Gambetta im Acht

Damit war der Eröffnungsakt beendet und die Versammelten wandten sich nacheinander der Besichtigung der bereits stattd. beschildeten Ausstellung zu, die am Mittwoch, den 30. August, Vormittags 10 Uhr, auch für das größere Publikum eröffnet werden und dann fortat taglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags dem Besuch offen stehen wird.

### Schiller und Cotta.

Der vor Kurzem erschienene „Briefwechsel zwischen Schiller und Cotta“ berichtet viele Mythen, welche die Sage um das Verhältnis beider Männer gewonnen hat. Daß der alte Cotta seine Bücher auf einem mit Oefen bespannten Wagen von Tübingen nach Frankfurt zur Messe gefahren habe, ist unzweifelhaft nur Mythos. Zu Cotta's Zeit fuhr man überhaupt nicht mehr mit Büchern nach Frankfurt, wie früher allerdings mit Bübeln aus Neuviwed. Aber mit einer Geldkiste um den Leib mag er allerdings noch gereist sein von der leipziger Buchhändlermesse zurück nach Tübingen. Bei jeder Gelegenheit erschien er dann auch so regelmäßig wie eine wohlberechnete Himmelserscheinung in Jena und honorirte die Genies.

Die persönlichen Beziehungen zwischen Schiller und Johann Friedrich Cotta begannen erst im Frühjahr 1794, wenn auch bereits schon zwölf Jahre früher das Gedicht „die Entdeckung an Laura“ in Schindlins Musenalmanach für 1782, einem Verlagsartikel der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Tübingen, Aufnahme gefunden hatte. Johann Friedrich Cotta übernahm 1787 die schon vor mehr als hundert Jahren von seinem Urvater Johann Georg gegründete Buchhandlung. Er hatte vom Hause aus den Grundsat, gute Autoren aufzufinden und sich bei ihnen um Verlagsartikel zu bewerben. So ließ er auch Schiller, als dieser im Spätherbst 1793 zum Besuch nach Schwaben gekommen war, durch Friedrich Haug bitten, ihm eins seiner Werke in Verlag zu geben. Die Antwort des Dichters vom 30. Oktober 1793 sagt, daß sein freundschaftliches Verhältnis zu Cotta es erfordere, ihm zuerst die Anerbietungen zu machen, auch glaube er, daß Herr Cotta mit einem dramatischen Stück ein größeres Gefallen erhebe. Dann heißt es: „Doch müßten Sie ihn prebieren, daß ich mit einer Tragödie, die mir 3 und 4 mal so viel Arbeit kostet, als die beste Schrift von historischem oder philosophischem Inhalt etwas theurer bin. Unter 30 Carolin kann ich sie Herrn Cotta nicht lassen, und da muß er sehen, wie er mit den Nachdruckern zu recht kommt.“ Die persönliche Bekanntschaft zwischen Schiller und Cotta fand ohne Zweifel bei dem Besuch statt, den Schiller mit seinem Jugendfreunde Hoven bei ihrem ehemaligen Lehrer, dem Professor Asch in Tübingen, machten. Offenbar wurden hier zwischen Dichter

und Bann gethan haben, seine ihm rechtmäßig gebührenden Adelstitel verleugnet hatte.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 27. August. Der serbische Sieg erregt in Petersburg große Befriedigung. Der „Golos“ vervollständigt seinen Artikel über Rußlands militärische Kräfte, indem er nachweist, daß die finanzielle Lage keinesfalls schlecht sei; eine große Nation von 90 Millionen ermangele nie des Geldes zu einem populären Kriege, aber Rußland könne darum doch den Frieden wollen, weil es jeden Augenblick den Krieg zu einem nationalen machen kann. — Die russische Regierung erklärt sich, wie aus russischer Quelle verlautet, den andern Mächten zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes und der Mediation anschließen zu wollen, wenn von Serbien ein derartiger Wunsch ausgesprochen wird. — Einige russische Zeitungen veröffentlichen den Aufruf eines Juden aus Wilna „an die Hebräer Rußlands“, worin derselbe seine Glaubensgenossen auffordert, ebenfalls für die Slaven beizusteuern, die Interessen der Slaven zu den eigenen zu machen, damit, wie der Mann sagt, „unsere älteren Brüder, (?) die Russen, sehen, daß uns Alles das nahe steht, was sie bewegt.“ Die Vorsteher der hebräischen Gesellschaft werden aufgefordert, eine beständige Sammlung freiwilliger Gaben einzurichten bis zur Beendigung der blutigen Vorgänge auf der Balkanhalbinsel. „Im entgegengegesetzten Falle wird die Schuld der Nichtbetheiligung an dem großen Werke der Befreiung der Slaven hauptsächlich (?) auf Euch fallen und mit Schmach und Schande bedecken den Namen der Kinder Israels.“

### Türkei und Donaufürstenthümer.

Die militärische Situation auf dem serbischen Kriegsschauplatz hat sich mit einem Male geändert. Der Sieg der serbischen Truppen im Morawathale läßt sich nicht mehr bestreiten. Das von uns bereits mitgetheilte Siegestelegramm aus Belgrad, das allerdings viele Uebertreibungen enthalten mag, wird durch ein Telegramm des „Ruski Mir“ noch bestätigt. Danach bildeten die Türken in der Voraussetzung, daß die Serben total erschöpft wären, am Donnerstag, dem sechsten Schlachttage, bei Alexinac im freien Felde ihre Schlachtlinie. Die Serben, unter Führung Tschernajew's und anderer russischer Offiziere benutzten die Gelegenheit um in dichter Masse sich mit der blanken Waffe auf den Feind zu werfen. Die Türken, durch diesen unerwarteten energischen Angriff überrascht, begannen zu weichen, welche Bewegung durch den flanken Angriff Horwatosch's von Tresibaba aus zur vollkommenen Flucht wurde. Der Feind wurde bis auf türkisches Gebiet zurückgeworfen. Die russischen Freiwilligen haben sich bei dieser Gelegenheit mit Ruhm bedeckt. Die serbische Regierung ihrerseits verkündet, daß dieser sechste Kampftag den Sieg krönte und dadurch noch an Wichtigkeit gewönne, daß er gegen einen doppelt so starken Feind erfochten wäre. Die Türken, welche anfänglich versucht hatten, ihre Aufstellung zu befestigen, wurden von den Serben daran verhindert, und gezwungen den Kampf im freien Felde aufzunehmen; sie sollen vollständig geschlagen und bis hinter Ratun geflohen, das ganze Terrain zwischen St. Stephan und der Morawa soll von Feinden gesäubert sein. Diesen Nachrichten weiß man in Konstantinopel nur die sehr unbestimmt klingende Meldung entgegenzusetzen: „Nisch, den 24. August. Achmed Gjub Pascha hat eine Redoute bei Alexinac genommen. Die Serben machten einen Ausfall und griffen Ali Saib Pascha an, sie wurden aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen.“ Tschernajew scheint den Sieg zur weiteren Offensive benützt zu haben, worüber aus Belgrad, 26. August, folgendes offizielle Telegramm vorliegt:

„Die Armee Tschernajew's ergreift heute die Offensive, besetzte auf dem Vornarische Stangi und griff die türkische Stellung zwischen Drobujewac und Ratun an. Mittags erhielt die Armee Fühlung mit der über Harangiel herangerückten Armee des Obersten Horwatosch; der Kampf währte vom Morgen bis zum Abend, die Verluste der serbischen Truppen sind Dank dem coupirten Terrain unbedeutend.“

In diesem Vormarsch — übrigens liegen alle Punkte auf serbischem Gebiet — wird man die Verfolgung der Truppen Achmed Gjub's erblicken müssen. Vielleicht aber richtet sich der Vormarsch auch gegen die Höhen auf dem linken Morawa-Ufer, welche noch in den Händen der Türken sind. Man wird füglich von einem entscheidenden Siege

und Verleger Verabredungen getroffen, die, wenn nicht schon einen bestimmten Verlagsartikel, so doch jedenfalls im Allgemeinen ein Werk aus Schiller's Feder betrafen, und letzterem so bindend erschienen, daß er nach Stuttgart zurückgekehrt, auf Grund derselben Cotta um einen Vorstoß von 200 Thaler anging. Daß jene Bitte enthaltene Schreiben Schiller's, welches als erstes an Cotta den brieflichen Verkehr eröffnete, hat sich leider nicht vorgefunden. In seiner Antwort vom 20. März sagte Cotta den Vorstoß zu und lud Schiller für den Fall eines wiederholten Besuchs in Tübingen ein, bei ihm Wohnung zu nehmen. Das fand nicht statt. Dagegen suchte Cotta den Dichter in Stuttgart auf, um ihn für ein Unternehmen zu gewinnen, mit dem er sich schon lange getragen.

Bei mehrmaliger Anwesenheit in Paris vor und besonders nach dem Ausbruch der Revolution hatte Cotta eingesehen, von welcher gewaltigen Macht in sturmbegehrter Zeit ein tüchtig redigirtes politisches Journal sei. Die in Deutschland bestehenden Blätter entsprachen dem Bilde nicht, das sich Cotta von einer ihrer Aufgabe gewachsenen historisch-politischen Zeitung machte. Von Graf Schlabrendorf, Georg Forster, Delsner und anderen in Paris lebenden Deutschen in seiner Anschauung bekräftigt und auf dieses Bedürfnis des Vaterlandes hingewiesen, beschloß Cotta ein europäisch-deutsches Blatt zu gründen, das in der Weise der großen englischen und französischen Journale über die Zeitgeschichte mit Vollständigkeit, Unparteilichkeit und Wahrheit, in reiner Sprache und „mit etwas britischer Freimüthigkeit“ Bericht erstatten sollte, — ein Tageblatt, wie es auch vom „deutschen Fleiß und deutscher Gerechtigkeit gegen das Ausland“ erwartet werden konnte.

Schon lange hatte er für dieses Unternehmen nach einem tüchtigen Redakteur gesucht und glaubte nun in Schiller, dem Dichter, der in den Räubern, in Fiesko, in Don Carlos den Freiheitsdrang des Jahrhunderts dramatisch gestaltet, dem Geschichtsschreiber, der im Abfall der Niederlande und im dreißigjährigen Krieg sich als Meister des Stils bewährt habe, den Gesuchten auf Glückliche gefunden. Schiller selbst hegte seinerseits den Plan einer literarischen Zeitschrift und suchte, da sein bisheriger Geschäftsfreund Goeßchen nicht darauf eingegangen war, einen Mann, der Lust und Muth zu einem periodischen Werk hätte, das die ersten Köpfe der Nation als Mitarbeiter vereinigen sollte. So hatte Jeder dem Andern Etwas vorgeschlagen und zu gewöhren.

Am 4. Mai 1794 wurden auf einem Ausfluge von Stuttgart nach Untertürkheim beide Pläne besprochen und die Grundzüge der Unternehmungen entworfen. Der in einer der lieblichsten Gegenden Schwabens, im Herzen des Landes gelegene, weit ausschauende Hügel auf dem jetzt das Lustschloß Rosenstein steht, ist die Geburtsstätte der Augsb. Allgemeinen Zeitung und der Horen. „Der Vertrag“ über erstere lautet:

erst nach Einnahme dieser Positionen sprechen können. Immerhin hat sich die militärische Lage der Serben durch die bisherigen Erfolge bedeutend gebessert, und nicht zu verwundern ist es, daß die Stimmung in Belgrad wieder eine kriegerische geworden. Es wird jetzt ausdrücklich hervorgehoben, daß das Mediationsgesuch an die Großmächte abging, bevor der Sieg bei Alexinac bekannt wurde.

Auch bei Saitschar, im Timothale, scheinen die Serben die Offensive ergriffen zu haben, denn die türkische Regierung macht folgende Depesche bekannt: Saitschar, 23. August. Die Serben griffen die türkischen Vorposten bei Saitschar an, wurden aber zurückgeworfen. — Während die Türken bei Ratun und an einigen Punkten des Timothales noch auf serbischem Grund und Boden stehen, haben die Serben einen etliche Meilen breiten Streifen türkischen Landes bei Sieniga und Belina, an der Westgrenze, in ihrer Gewalt.

Um der Grausamkeit der Tscherkessen und Baschi-Bozufs zu steuern hat Tschernajew, wie wir aus einem belgrader Briefe der petersburger „Nowoje Wremja“ (Neuen Zeit) erfahren, einen Tagesbefehl erlassen, der diesem Gesindel bedeutend die Lust nehmen wird, Feuerbrünste und alle möglichen Schändlichkeiten anzustiften. Von jetzt an werden nämlich alle gefangenen Baschibozufs und Tscherkessen sofort erschossen werden. In einigen Tscherkessen, die in der Gegend von Saitschar ergriffen wurden, ist diese Prozedur bereits vollzogen worden.

Vom Kriegsschauplatz in der Herzegowina melden die neuesten Depeschen, daß sich Mulkhar Pascha und Djeladdin Pascha vereinigt und die Insurgenten bei Popowo angegriffen haben. Zur Erklärung dürfte vor Allem zu erwähnen sein, daß Popowo nicht etwa ein Ort ist, sondern eine mehrere Meilen lange, schmale, Hochebene, Popovo Polje, die von Trebinje aus die kürzeste und bequemste Verbindung mit Lubinje, Stolac und Mostar bietet. Diese Verbindung frei zu machen ist der Zweck des kombinierten Manövers der beiden Pascha's, das übrigens zugleich einen Beweis liefert, daß die türkischen Truppen in der Herzegowina sich von dem Schlage bei Bucidol schon wieder einigermaßen erholt haben müssen, und daß mindestens von einer Berrückung Trebinje's durch die Insurgenten oder die Montenegriner nicht mehr die Rede sein könne.

Während so die Dinge auf dem Kriegsschauplatz stehen, ist es noch immer nicht möglich aus den einander vielfach widersprechenden Berichten von einer Friedensaktion den wirklichen Sachverhalt zu ersehen. Nach den Siegen der Serben — die übrigens mit einem Verlust von 10,000 Mann gegen 20,000 Mann türkischerseits erlauft sein sollen — scheint es nicht unwahrscheinlich, daß es Serbien augenblicklich nur um einen längeren Waffenstillstand zu thun ist, um sein Heer von Neuem zu reorganisiren. Man erwartet, daß die Türken unannehmbar Forderungen stellen werden und hofft noch immer von der Sympathie Rußlands, welche sich bisher in so großartiger und opferwilliger Art dokumentirt habe, Hilfe für Serbien und für die unterdrückten Christen der Balkan-Halbinsel. Uebereinstimmend wird berichtet, daß sich Deutschland bei der Friedensvermittlung nicht betheiligt, sondern im Hintergrunde gehalten hat. Aus Belgrad telegraphirt man dem „B. L.“ unterm 25.:

In der gestrigen Audienz der Konsuln theilte Fürst Milan nicht-offiziell mit, daß er bei einem eventuellen Friedensschlusse von zwei Bedingungen nicht abgehen könne. Erstens müsse in politischer Hinsicht der Status quo ante bellum festgehalten werden und zweitens dürfe von einem Besetzungsrechte in den serbischen Festungen keine Rede sein. Die Konsuln versprachen, dies in nicht-offizieller Form ihren Regierungen mitzutheilen.

Dem „Tagbl.“ wird aus Cettinje mitgetheilt, Fürst Nikita habe den Fürsten Milan als seinen Vertreter bei den eventuellen Friedensverhandlungen bezeichnet.

Ueber die Möglichkeit der Diplomatie zur Einleitung der Friedensverhandlungen wird der deutschen „Bet. Ztg.“ aus Wien geschrieben:

Sat auch die Mediation der Großmächte noch nicht begonnen, so sind doch die diesfälligen Verhandlungen zwischen den einzelnen Kabinetten in vollem Gange und man hofft, daß, wenn der Waffenstillstand vereinbart ist, auch der definitive Friedensschluß nicht lange auf sich warten lassen wird. Die Mächte anerkennen das Recht der Pforte, Garantien zu verlangen, daß Serbien nicht wieder bei näch-

### Kontrakt über den Verlag einer Allgemeinen Europäischen Staatszeitung von Herrn Hofrath Schiller.

1. Erhält Herr Hofrath Schiller 2000 Gulden Honorarium.
  2. Jeder der beiden Mitarbeiter 1000 Gulden.
  3. Wenn 6000 Exemplare abgesetzt werden, so erhält Herr Hofrath Schiller außer obigen 2000 Gulden noch 1500 Gulden.
  4. Wenn 7000 Exemplare abgesetzt werden, so werden außer diesen nach Nr. 1 und 3 in Summa betragenden 3500 Gulden noch 2000 Gulden bezahlt und eben diese Summen von 2000 Gulden für jedes folgende Tausend Exemplaren, das abgesetzt wird.
  5. Das Honorarium wird vom Anfang der Zeitung berechnet und Vierteljährlich bezahlt. Von obigen 2000 Gulden aber von Nr. 1 werden 900 Gulden als Vorstoß in zwei Theilen im Monat Junius und September h. a. entrichtet.
  6. Sollte Herr Hofrath Schiller mit Tod abgehen, so erhält seine Wittwe 600 Gulden jährlich, so lange das Institut fortgeht und von jeder der nach Nr. 3 und 4 zu bezahlenden Summen den dritten Teil.
  - 7-10 endlich bestimmt über die Beschaffung und den Verbleib der nöthigen Zeitungen, Schriften, Bücher, Karten u. dergl., über die Honorare der Korrespondenten und die anderen Ausgaben u. s. w. u. s. w.
- Darist und gezeichnet ist der Vertrag, der mit Ausnahme der Unterschrift Schiller's ganz von Cotta's Hand ist:  
Jena, 28. Mai 94.  
J. G. Cotta'sche Bddlg. v. Tübingen.

J. F. Cotta. Friedrich Schiller.  
Zwar lehnte Schiller bald darauf, zuweilen aus Gesundheitsrücksichten, die Redaktion der politischen Zeitung ab und Cotta konnte dieselbe erst 1798 ins Leben rufen, aber die Horen kamen in der festgesetzten Zeit zu Stande, und damit war das dauernde Bündniß geschlossen, die Verbindung zwischen Schiller und Cotta.

\* Kapitän Boyton, der sich auf einer Schwimmtour von Bregburg nach Pest befindet, ist am 24. d. Nachts bei Komorn verunglückt. Er wurde während der Nacht in der Nähe dieser Stadt gegen eine Mühle getrieben und verlor sich den Kopf.



(Beilage.)







